



Band 8. Die Besatzungszeit und die Entstehung zweier Staaten 1945-1961
OMGUS-Umfragen: Deutsche Reaktionen auf Vertriebene und Displaced Persons (DPs)
(3. Dezember 1947)

Zu den größten gesellschaftlichen Herausforderungen gehörte nach 1945 in allen Besatzungszonen die Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten. Umfragen zwischen März 1946 und September 1947 in der amerikanischen Besatzungszone belegen, daß zwischen den Einheimischen und Fremden dabei massive Spannungen bestanden und daß beide Seiten einer erfolgreichen Eingliederung skeptisch gegenüberstanden.

Befragte: ein Querschnitt von gebürtigen Einwohnern und Vertriebenen in der amerikanischen Zone.

Untersuchungszeitraum: März 1946, November 1946, Juni 1947 und September 1947
(9 Seiten).

Vertriebene und Einheimische hielten fast einhellig die Vertreibungen für nicht gerechtfertigt. Die Unzufriedenheit in beiden Gruppen wuchs, wobei im März 1946 sieben Prozent der Vertriebenen angaben, mit der Art und Weise, wie sie behandelt worden waren, nicht zufrieden zu sein, während es im September 1947 schon 45 Prozent waren; unter der einheimischen Bevölkerung sagte im März 1946 ein Viertel (25%) voraus, die Vertriebenen würden sich nicht mit den Einheimischen verstehen, im September 1947 vertrat fast die Hälfte (46%) diese Meinung. Sechs von zehn Einheimischen (59%) sahen in den Vertriebenen deutsche Staatsbürger; diese waren auch am ehesten davon überzeugt, die Vertriebenen würden in der Lage sein, sich an ihre neue Umgebung anzupassen.

Eine große Mehrheit der Vertriebenen (85%) würde an ihren Geburtsort zurückkehren, hätten sie dazu Gelegenheit; neun von zehn Personen der einheimischen Bevölkerung (91%) meinten ebenfalls, die Vertriebenen würden zurückkehren, wenn sie könnten.

Zwei Drittel (66%) der AMZON-Bewohner sagten voraus, die Vertriebenen würden nicht in der Lage sein, mit den Einheimischen zurecht zu kommen, und nur drei Prozent der Befragten betrachteten DPs als deutsche Staatsbürger. Etwa einer von sieben (25%) fand, dass Deutschland sich um die DPs kümmern solle, während ein Drittel (32%) den Herkunftsländern der DPs die Verantwortung zuschob.

Quelle: A. J. und R. L. Merritt, *Public Opinion in Occupied Germany, The OMGUS Surveys*.
Urbana, IL, 1970, S. 186-87.

Übersetzung aus dem Englischen ins Deutsche: Erica Fisher